

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 88 646-48 ppbn d



Inhalt

32. Jahrgang / 245

22. Dezember 1977

Bundesfinanzminister Hans
Apel sieht gute Voraus-
setzungen für die kon-
junkturelle Entwicklung
im nächsten Jahr.

Seite 1/2

Hugo Brandt MdB setzt
sich kritisch mit der
Inneren Demokratie des
ZDF auseinander.

Seite 3/4

Der Bundesverteidigungs-
minister und der Spiona-
gefall Lutze.

Seite 5

Nicht ohne Zuversicht ins neue Jahr

Die anstehenden finanz- und konjunkturpolitischen Probleme
sind angepackt

Von Dr. Hans Apel MdB
Bundesminister der Finanzen und SPD-Vorstandsmitglied

Die letzten Wochen des Jahres 1977 standen im Zeichen er-
heblicher Turbulenzen an den Devisenmärkten. In enger Ab-
stimmung mit der Bundesregierung hat die Bundesbank um-
gehend gehandelt, um die erratischen Kursausschläge unter
Kontrolle zu bringen. Denn zur Absicherung des binnenwirt-
schaftlichen Aufschwungs brauchen wir Ruhe an der Währungs-
front und realistische Wechselkursbeziehungen mit unseren
Partnern.

Ich bin zuversichtlich, daß wir dieses Ziel mit den be-
schlossenen Maßnahmen erreichen werden. Denn die hinter den
jüngsten Devisenbewegungen stehenden ökonomischen Bedingun-
gen sind stabiler als die Wechselkursausschläge vermuten
lassen. Mit der Umsetzung des US-Energiesparprogramms und
den zusätzlich geplanten konjunkturpolitischen Maßnahmen
zur Belebung der inneramerikanischen Wirtschaftstätigkeit
werden sich die Voraussetzungen für eine Wiederherstellung
des internationalen Zahlungsbilanzgleichgewichts verbes-
sern. Hierzu wird auch die weitere Öffnung des japanischen
Marktes beitragen. Bei der starken Exportabhängigkeit unse-

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

res Landes sind wir in besonderem Maße auf eine störungsfreie Entwicklung des Welt-handels angewiesen.

Die binnenwirtschaftlichen Voraussetzungen für eine weitere Stabilisierung der kon-junkturrellen Entwicklung im nächsten Jahr sind gut. Hierzu hat insbesondere die Finanz-politik beigetragen. Schon im Frühsommer hatte die Bundesregierung das konjunkturpoli-tische Ruder herumgeworfen. Ich erinnere an das Programm für Zukunftsinvestitionen vom Mai, das in den Jahren 1977/78 Auftragswirkungen von insgesamt gut zehn Milliarden DM auslösen wird. Dazu kommen steuerliche Erleichterungen und Leistungsverbesserungen von netto rund elf Milliarden DM ab 1978. Auch der Bundeshaushalt 1978 wird mit einer Ausgabensteigerung von über zehn Prozent expansiv gefahren. Wir erwarten, daß Länder und Gemeinden ähnlich verfahren. Bei einer Neuverschuldung des Bundes von voraussicht-lich rd. 31 Milliarden DM wird sich die Gesamtverschuldung der öffentlichen Hände 1978 auf ca. 52 Milliarden DM belaufen. Damit beträgt der expansive Swing gegenüber 1977 mit knapp 20 Milliarden DM gut 1,5 Prozent des Bruttosozialprodukts. Die Bundes-regierung hat damit das wirtschaftlich Notwendige und finanzwirtschaftlich Mögliche zur Konjunkturstützung getan.

Auch die monetären Voraussetzungen für eine Belebung der Investitionstätigkeit und Konsumgüternachfrage sind günstig. Das Zinsniveau hat seinen niedrigsten Stand seit Anfang der sechziger Jahre erreicht. Gefahren für die Preisentwicklung sind auch bei einem stärkeren Anspringen der Konjunktur nicht zu befürchten. Im Gegenteil: Trotz der mäßigen Anhebung der Mehrwertsteuer zum 1. Januar 1978 werden die Lebenshaltungs-kosten 1978 mit voraussichtlich 3,5 Prozent weniger steigen als noch 1977.

Trotz verbesserter konjunktureller Ausgangsbedingungen werden wir allerdings auch 1978 mit einem unbefriedigend hohen Sockel an Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben. Auch ein gegenüber 1977 beschleunigtes reales Wachstum wird die Beschäftigungsprobleme nicht über Nacht lösen. Dazu sind die strukturellen Verwerfungen im Gefolge der welt-weiten Rezession 1974/75 zu tiefgreifend.

Globale Maßnahmen allein helfen hier nicht weiter. Die Bundesregierung hat deshalb frühzeitig durch gezielte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Mobili-tät und Qualifikation besonderer Problemgruppen des Arbeitsmarktes eingegriffen. Sofern dies erforderlich sein sollte, werden wir diese Hilfen auch 1978 fortsetzen. Wir werden darüber hinaus auch künftig unsere Finanzpolitik verstärkt an den strukturpolitischen Erfordernissen ausrichten müssen.

Insgesamt gesehen können wir somit nicht ohne Zuversicht in das vor uns liegende Jahr blicken. Unwägbarkeiten - vor allem im außenwirtschaftlichen Bereich - bleiben. Aber: Die anstehenden Probleme sind angepackt. Partnerschaftliches Zusammenstehen nach innen und außen wird uns helfen, sie zu bewältigen.

(-/22.12.1977/ks/hgs)

+ + +

Wie demokratisch ist das ZDF ?

Kritische Anmerkungen zum Hinauswurf der "direkt"-Redaktion

Von Hugo Brandt MdB

Es ist eine alte Suppe: Die Interessen der Betroffenen lassen sich am besten vertreten, wenn die Betroffenen diese Interessen gar nicht haben. Wehe, wenn tatsächlich Betroffene auch noch tatsächlich ihre Meinung sagen und diese Meinung den Oberen nicht paßt.

Reden wir doch nicht darumherum: Die Sendung "direkt" im ZDF war eine Sendung mit einem Profil, das seine Nase zu vorwitzig in Sachen gesteckt hat wie Berufsausbildung, Freizeit, Gewerkschaften, Arbeitslosigkeit, Bürgerinitiativen - und nun soll sich das ändern. Jedenfalls dürfen die bislang für die Sendung verantwortlichen Redakteure die Sendung nicht weitermachen, Frau Szostak und Herr Gerloff sollen gehen. Na und? Sie bekommen eine andere Aufgabe und andere kümmern sich um diese. Nicht schlecht, wenn dem Pferd ein anderer Reiter aufgesetzt wird. Nur hier geht es überhaupt nicht um die Reiter "hier geht es um das Pferd, aus dem soll eine Kuh werden". Anders ausgedrückt, mit den beiden geht ein Konzept, das die beiden zwar nicht erfunden, aber ausgebaut haben. Veränderungen soll es geben, heißt es offiziell, und die einzige ZDF-Sendung, in der Zuschauer selbst Programm mitgestalten, machen können, ist futsch. Wie käme auch ein so betulicher Sender wie das ZDF dazu, Zuschauer zu Mitwirkenden zu machen. Gott nein, die machen ja mit, rhythmisch klatschend in der Hit-Parade, sie wählen mit eigenhändig geschriebenen Postkarten das Tor des Monats (das ist ARD), beim Quiz dürfen sie mitmachen und ab und zu werden sie interviewt. Hat da einer was von Profil gesagt?

Niemand soll sagen, ich hätte etwas gegen Unterhaltung oder gar gegen Gelehrsames. Aber mitmachen, so richtig mitmachen, Probleme darstellen wie Leute sie haben, und nicht wie das ZDF meint, daß die Leute sie haben sollten, das ist ein Wagnis, von dem irgendwer einmal behauptete, die ganze Demokratie sei eins. Dem Wagnis, selbst dem geglückeren, wie man sieht, sind die Mainzelmännchen nicht hold. Die haben ihren Löwenthal, den pflegen sie auch, und der ist schon in der Lage, die kritische Jugend anzusprechen.

Das kann man ja drehen und wenden wie man will, geschickt sind die Macher der Sendungsmacher. Der Stolte - das ist der Programmdirektor - feuert die Szostak und den Gerloff, aber in Wirklichkeit heißt das so:

"Die freimütige und sehr offene Aussprache hat allen am Gespräch Beteiligten deutlich gemacht, daß die Grundlage einer vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Redaktion und Redaktionsleiter/Hauptredaktionsleiter für die Zukunft nicht mehr gegeben ist. Angesichts dieser Situation wurde Einvernehmen erzielt, daß die Redakteure der direkt-Redaktion, Frau Jutta Szostak und Herr Joachim Gerloff, ihre Tätigkeit für das Jugendmagazin baldmöglichst beenden und eine neue Aufgabe übernehmen." So macht man das, in dieser tiefenden, tropfenden Pressemitteilung des ZDF.

Darauf hat sich der Redakteurausschuß des ZDF veranlaßt gesehen, einige Fragen zu stellen. Man wird den mittlerweile in den Adelstand erhobenen Sender noch etwas

fragen dürfen. Der Redakteursausschuß gab folgende Erklärung ab: "Die Redakteure Jutta Szostak und Joachim Gerloff dürfen das Jugendmagazin "direkt" nicht weitermachen. Damit ist die einzige Sendung, in der Zuschauer selbst Programme machen können, im Kern getroffen. Denn Entwicklung und Gesicht von "direkt" sind untrennbar mit dem Engagement der beiden versetzten Redakteure verbunden. Der Redakteursausschuß im ZDF fordert die Öffentlichkeit und die Kolleginnen und Kollegen auf, sich nicht mit der Pressemeldung des ZDF vom 25. November 1977 zufriedenzugeben.

Das ZDF muß gefragt werden:

- 1/ "Was wird hinter der offiziellen Formulierung 'Meinungsverschiedenheiten über Programmbeiträge' verborgen?"
- 2/ Was wird hinter dem Satz versteckt, 'daß die Grundlage einer vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Redaktion und Redaktionsleiter/Hauptredaktionsleiter für die Zukunft nicht mehr gegeben ist'?
- 3/ Warum werden wieder einmal die Programmacher ausgewechselt und nicht die Vorgesetzten?
- 4/ Da den "direkt"-Machern keine Pflichtverletzungen vorgeworfen werden: Müssen sie aus politischen Gründen gehen?"

Soweit die Erklärung des Redakteursausschusses, und in der Tat, die Antwort auf die Fragen wüßte ich auch sehr gerne.

Aber das hat den Leuten jetzt Ärger gebracht, wie das nicht anders zu erwarten war. (Es ist schlimm, einen solchen Satz schreiben zu müssen!)

Anfang Dezember wurden Mitglieder des Redakteursausschusses zum Justitiar des ZDF bestellt und dort vernommen. Nun will der Stolte zwar, wie wir gelesen haben, eine kritische Sendung machen lassen, aber die Kritik der Redakteure ist unerwünscht. Schön, ich wäre zu dem Justitiar überhaupt nicht hingegangen, aber ich kann mir das freilich auch leisten. Die neueste Errungenschaft unserer Art von Hierarchendemokratie ist ja wohl die Tatsache, daß sich Unbotmäßigkeit nur leisten kann, wer um seine Stellung nicht fürchten muß, sonst grüßt man besser den Hut auf der Stange. Eine ganz schöne Sauerei.

Redakteure haben eben auch vorsichtig mit Fragen zu sein, und dann auch noch eine so primitive Frage wie die, warum wieder einmal die Programmacher ausgewechselt werden und nicht die Vorgesetzten. Das ist nun wirklich eine zu dämliche Frage. Die Vorgesetzten werden nicht ausgewechselt, solange man Programmacher nicht mit drei M schreiben darf, und das steht im Duden. Ich hoffe, das erklärt endlich diesen strittigen Punkt, es wäre wider die Parteiästhetik. Der Redakteursausschuß hat das Recht, das zu fragen, und im Übrigen noch mehr, nicht nur weil es vernünftig und demokratisch obendrein ist, sondern weil es ihm verbrieft aufgetragen ist. Als Aufgabe des seit 1975 formulierten Redakteursstatuts wird unter anderem genannt, "die Unabhängigkeit der publizistischen Arbeit im ZDF nach innen und außen durch Anhörungs- und Beteiligungsrechte der Redakteure und ihrer gewählten Vertretung zu sichern". Um diese Aufgabe erfüllen zu können, gibt es eine Redakteursversammlung, und die wählt besagten Redakteursausschuß, der dann, das steht freilich nicht im Statut, zum Justitiar beordert wird, wenn er von seinen Rechten Gebrauch macht, wenn er z.B. die "Unabhängigkeit der publizistischen Arbeit.. (s.o.)

Nein, so geht das nicht. Es wäre auch gut zu sehen, wenn die Leitung des Hauses, da gibt es ja wohl einen Intendanten, nicht mit der Ich-weiß-von-nichts-Theorie käme. Wir schätzen die Freiheit so sehr, daß wir sie lieber nicht benutzen. Die Freiheit des Rundfunks ist die Freiheit der Demokratie, und deshalb ist es auch so wichtig, von ihr Gebrauch zu machen. Wir haben einen öffentlich-rechtlich organisierten Rundfunk. Nach den letztgemachten Erfahrungen muß man das "öffentlich" streichen. Wenns wenigstens noch rechtlich bleibt! Aber auch das ist in Frage gestellt. (-/22.12.1977/ks/hgs)

Leber hat wieder Tritt gefaßt

Notizen zu und über den Verteidigungsminister

Mit der Feststellung "Georg Leber hat wieder Tritt gefaßt" unternahm das Frankfurter Blatt, das mit der Veröffentlichung des Gutachter-Berichtes zur Bedeutung des Lutze-Verrats den Stein gegen Leber ins Rollen gebracht hatte, den Versuch, auch selbst wieder Tritt zu fassen. Der Versuch ist, wengleich man dazu den Wehrexperthen Nummer eins herangezogen hat, noch ein bißchen holprig, zumal der Wehrexperte Nummer zwei in derselben Ausgabe viel raumaufwendiger dem von dem FDP-MdB Möllemann als "Skandalnudel" charakterisierten CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß die unaktuelle Chance gibt, ohne jedes neue Argument noch einmal über Leber herfallen zu können.

Aber immerhin: Auch das Frankfurter Blatt bescheinigt dem Bundesverteidigungsminister, daß er wieder Tritt gefaßt hat. Das wird sich zeigen, wenn er zu Jahresbeginn wieder auf die Hardthöhe zurückkehrt, um nicht nur dort, aber auch dort zu beweisen, daß der gestandene und erfolgreiche Politiker seinen Aufgaben weiter so gewachsen ist, wie er das bisher schon elf Jahre lang in diesem und anderen Ressorts gewesen ist. Leber wird zweifellos auch aus den letzten Wochen gelernt haben und Maßnahmen ergreifen können, die jetzt offenkundig gewordene Unsitten und Unarten eliminieren sollten, die nun freilich keineswegs nur in diesem Ministerium zu finden sind. Aber vielleicht kann Leber da vernünftige Schrittmacherdienste leisten, zumal er es ja ist, der dafür attackiert wurde.

Die Spionageaffäre wird mit allem Drum und Dran durchzustehen sein. Es ist nicht Sache des Ministers, abwägende Vergleiche mit Hardthöhe-Epochen zu ziehen, in denen es an ähnlichen und anderen Vorfällen nur so wimmelte. Daß Herbert Wehner die Finger darauf gelegt hat, wird ihm, wie in vielen Fällen sonst auch, zu danken sein. Der Fall Lutze ist ein Schaden, der uns allen zugefügt wurde, und aus dem wir daher alle die Lehren und die Konsequenzen zu ziehen haben. Diese Maxime wird sich zweifellos auch der parlamentarische Untersuchungsausschuß in allen seinen Gliedern zur verbindlichen Richtschnur machen.

Das Frankfurter Blatt schlug in seinem Rehabilitierungsbeitrag vor, der Bundesverteidigungsminister möge doch mit seinem atlantischen Pfunde wuchern; lies: Auf seine NATO-Prestigepolster pochen. Das ist kein schlechter Rat. Aber Georg Leber kann doch wohl auch mit seinem deutschen Pfunde wuchern. Seine mehr als fünf Jahre auf der Hardthöhe haben doch in erster Linie Leistung für unsere Sicherheit bewiesen. Und das freilich scheint man mehr in der NATO zu würdigen. Bei uns schien man es für eine Weile vergessen zu haben.

Dr. Erhardt Eckert
(-/22.12.1977/ks/hgs)